

Projektkonzeption

„Zusammen – statt nur allein! Leben in MOL.“

Im Rahmen des Sonderprogramms:

Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort



Gefördert durch:



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



[Einleitung]

Wissenschaftliche Untersuchungen und eigene Erfahrungen aus dem Trägerverbund heraus zeigen, dass fremdenfeindliches Denken und Verhalten auch auf die vorherrschende Perspektivlosigkeit und die soziale Lage vor Ort zurückzuführen ist. Gerade junge Menschen, die für die Zukunft planen wollen, sind durch Unsicherheit und fehlende Perspektiven in der Heimatregion demotiviert. Hintergrund dafür ist die schwache wirtschaftliche Lage im ländlich geprägten Märkisch-Oderland. Es fehlt an gering- und hoch qualifizierten Arbeitsplätzen. Die Verantwortung für die persönliche Lage suchen die Menschen oft in der Politik, die aus ihrer Sicht weder kalkulierbar ist, noch entscheidende Lösungsoptionen bereithält. Da sich die wirtschaftliche Lage in der Region nicht entscheidend verbessern wird, ist es wichtig, die Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind, so gut wie möglich weiterhin zu erreichen. Genau an diesem Punkt setzen rechtsextreme Organisationen an. Sie versuchen die Menschen zu erreichen, die sich ausgeschlossen und benachteiligt fühlen. Sie greifen die Problemlagen und Bedürfnisse der Menschen auf und geben ihnen das Gefühl, dass sie ernst genommen werden. NDP, DVU und Kameradschaften beraten verzweifelte Bürger/innen zum ALG II, führen Bürgerstammtische zu Abwasserpreisen durch, Malern Kitas oder betreuen ältere Menschen in Heimen – alles Beispiele aus dem Landkreis MOL. Diese Menschen zu erreichen und durch Kooperationen Perspektiven zu vermitteln, ist ein wichtiger Ansatzpunkt des Projektes.

[Ausgangssituation]

Struktur und Arbeitsweise rechtsextremer Organisationen:

Die NPD in MOL ist Teil des Kreisverbandes Oderland. Es gibt einen Ortsbereich in Strausberg. Der Ortsbereich wird sehr stark durch Berliner Organisationen aus Hellersdorf und Marzahn unterstützt. Weitere Ortsbereiche befinden sich gerade in Gründung. Der nördliche Teil des Landkreises unterliegt den Einflüssen aus Barnim und der südliche Teil wird durch Frankfurt/Oder beeinflusst. Die DVU arbeitet für Brandenburg einmalig in zwei Ortsgruppen in Rüdersdorf und Müncheberg. Drei der sechs Landtagsabgeordneten der DVU aus MOL. Zu den aktivsten Kameradschaften zählt die Sektion Strausberg des Märkischen Heimatschutzes (offiziell aufgelöst) und die verbotene ANSDAPO.

Die rechtsextremen Strukturen im Landkreis zeigen sich bürgernah in Stammtischen, beraten Bürger/innen zum ALG II und nehmen die Problemlagen der Bürger/innen ernst und suchen nach „Lösungen“. Sie engagieren sich bürgerschaftlich z.B. beim Renovieren einer Kita oder der Betreuung von älteren Menschen in Heimen. Darüber hinaus versuchen sie Einzelbewerber/innen zu den Kommunalwahlen 2008 zu werben.

Der überwiegende Teil der Aktivitäten geht männlichen Personen aus. Es wird aber verstärkt festgestellt, dass auch immer mehr Frauen mit ihren Kindern an Aktivitäten teilnehmen und sich aktiv einbringen. So wird der Eindruck einer „familienfreundlichen“ Organisation vermittelt.

Bürger/innen-Engagement:

Gerade das Engagement der rechtsextremen Strukturen im sozialen Bereich stellt die Zivil- und Arbeitsgesellschaft im Landkreis vor eine große Herausforderung. Immer mehr demokratische Engagementstrukturen drohen auf Grund behindernder Rahmenbedingungen weg zu brechen. Den wenigen, sich engagierenden Bürger/innen, Initiativen und Vereinen fehlt es an Unterstützungsangeboten zur Bewältigung von Bürokratie und Entwicklung von zielorientierten Projekten. Dies führt oft zu Frustration bei den Beteiligten und bietet rechtsextremen Strukturen einen Ansatzpunkt.

Es ist festzustellen, dass sich vor allem Frauen in der Region bürgerschaftlich engagieren. Sie finden sich in nicht-organisierten Initiativen zusammen und treten für eine tolerante und lebenswerte Region ein.

Soziale Lage:

Der Landkreis ist ländlich geprägt, das Wegbrechen von wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen in den Kommunen führt zu einem hohen antidemokratischen Frustpotential, was rechtsextremen Organisationen ein willkommener Ansatzpunkt ist. Die Arbeitslosigkeit beträgt im ländlichen Raum durchschnittlich 21 %. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen liegt unverändert hoch bei 45 %. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt durchschnittlich 18,5 %. Mehr als 50 % der Ausländer/innen im ländlichen Raum des Landkreises haben keine Arbeit.

Im Berlin nahen Raum liegt die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei 10,7 %. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen beträgt hier 34 % und rund 11 % der jungen Menschen in dieser Region sind ohne Erwerbsarbeit. Die Arbeitslosenquote unter ausländischen Bürgern/innen liegt bei rund 31 %.

Im Vergleich sind im Landkreis Männer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen, als Frauen.

Jährlich verlassen ca. 4.000 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren wegen fehlender Ausbildungsperspektiven den Landkreis. Diese Abwanderung wird durch die Zuwanderung von ca. 3.000 jungen Menschen etwas gedämpft. Es sind vor allem die gut ausgebildeten Menschen, die die Region verlassen. Darunter sind überproportional viele Mädchen und junge Frauen. Für den Landkreis besteht die Gefahr, dass er durch weitere Abwanderung von Unternehmen und Menschen an Zukunftsfähigkeit verliert. Dies äußert sich besonders in dem vom Land Brandenburg prognostizierten Fachkräftemangel ab 2015.

Strukturelle Rahmenbedingungen:

Bisher erfolgte im Landkreis die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ausschließlich im Bereich der Jugendhilfe und der Asyl- und Ausländerarbeit. Das kreisweit agierende Netzwerk für Toleranz und Integration vereint vor allem freie Träger, Initiativen und Einzelpersonen. Viele Institutionen, Behörden und Kommunen sehen die Verantwortung zur Stärkung der Demokratie ausschließlich bei den Bürger/innen. Eine eigene Verantwortung wird häufig mit dem Verweis der „Nicht-Zuständigkeit“ abgelehnt. So fehlten dem Jobcenter bisher die Möglichkeiten der Implementierung von Demokratiefördernden Methoden und Inhalten in ihren Arbeitsbereich. Gleiches trifft auch allgemein auf Verwaltungen und Wirtschaftsverbände zu. Den meisten Institutionen fehlt es an einem umfassenden Methodenwissen und ausreichenden Handlungsoptionen für ihren Zuständigkeitsbereich.

Auch Vereine und Verbände sind häufig in ihrem Handeln gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit strukturell überfordert. Es fehlt ihnen an kontinuierlicher Unterstützung und Festigung notwendiger Rahmenbedingungen.

Zur inhaltlichen Vernetzung von Arbeitsmarkt und Jugendhilfe wurde am 30. November 2005 ein offener Arbeitskreis gegründet, der freie Träger der Jugendhilfe, Arbeitsfördergesellschaften, Ausbildungsträger, Kommunen, das Jobcenter und das Jugendamt vereint. Die Schwerpunkte der Diskussionen liegen in der inhaltlichen, methodischen und strukturellen Verknüpfung von Maßnahmen im Sinne des Sozialgesetzbuches II und des Sozialgesetzbuches VIII. Dabei geht es auch um die grundsätzliche Implementierung von Maßnahmen, die die soziale und interkulturelle Kompetenz der jungen Menschen verbessert und ihnen so auch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt vermittelt.

Kernprobleme der Zielgruppen:

Arbeitslose: Viele Arbeitslose befinden sich bereits seit längeren in Arbeitsförder- oder Qualifizierungsmaßnahmen ohne eine reelle berufliche Perspektive zu haben. Die Perspektivlosigkeit verstärkt die Demotivation. Der Staat, die Kommune, die Verwaltung, die Politik hält keine Lösungen für die entsprechende persönliche und ökonomische Lage bereit – dies erhöht das Frustpotential. In vielen Arbeitsfördermaßnahmen wird kein Sinn gesehen und es gibt keine Entwicklungsmöglichkeiten. Die Gefahr besteht, dass diese Zielgruppe auf Grund ihrer persönlichen Situation in den präsentierten Lösungen rechtsextremer Parteien eine Alternative sieht.

Ausländer/Aussiedler: Diese Zielgruppe ist im Landkreis in einem besonders hohen Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Es wird in einzelnen Regionen festgestellt, dass die Kriminalität durch Spätaussiedler zunimmt. Auch ist festzustellen, dass immer mehr Aussiedler sich der rechtsextremen Szene zugehörig fühlen.

Jugendliche / Auszubildende: Diese Zielgruppe ist am stärksten von Perspektivlosigkeit betroffen. Angebote im ländlichen Raum brechen weg, durch Schulschließungen werden Freundeskreise zerstört. Die rechtsextreme Szene setzt im besonderen Maße an dieser Stelle an und motiviert Jugendliche und zeigt alternative Freizeitmöglichkeiten auf. Die Jugendlichen fühlen sich ernst genommen. Ihnen wird durch eine „aufsuchende“ Arbeit der rechtsextremen Szene die Möglichkeit gegeben, ihre Freizeit durch Treffs, Konzerte oder Zeltlager sinnvoll zu gestalten.

öffentliche Verwaltung / Vereine / Institutionen: Es herrscht ein Zuständigkeitsdenken vor. Das Problem der Demokratiegefährdung durch Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird nicht erkannt oder wahrgenommen. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist kein Querschnittsthema innerhalb der Behörden und Institutionen des Landkreises.

[Zielsetzung]

Ausgehend von der beschriebenen Problemlage wurden folgende Zielsetzungen für das Projekt formuliert:

Leitziel:

Partner aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik, dem Bereich der Jugendhilfe und dem Gemeinwesen sind vernetzt.

Rahmenziele:

- (1) Behörden, Politik, demokratische Institutionen und Zivilgesellschaft arbeiten koordiniert in einem Netzwerk zusammen.
- (2) Die Öffentlichkeit ist für das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sensibilisiert.
- (3) Partner aus unterschiedlichen Bereichen (Arbeitsmarkt / Jugendhilfe / Gemeinwesen) setzen zielgruppenorientierte und Demokratie fördernde Projekte gemeinsam um.

Handlungsziele:

- (1.1) Es findet eine Bestandsaufnahme aller im Kreis agierenden Institutionen und Initiativen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz statt.
- (1.2) Arbeitsmarktakteure sind für eine Mitarbeit im Netzwerk sensibilisiert.
- (1.3) Es findet ein regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Netzwerkpartnern statt.
- (1.4) Projekte, Maßnahmen und Aktivitäten der beteiligten Netzwerkpartner sind aufeinander abgestimmt.

- (2.1) Es finden Fortbildungen, Fachtage und öffentliche Kampagnen statt.
- (2.2) Die Öffentlichkeit ist über Aktivitäten der rechtsextremistischen Organisationen aufgeklärt.
- (2.3) Die Lokale Presse berichtet regelmäßig über Teilprojekte und Ziele des Gesamtprojektes.
- (2.4) Es gibt eine aktuelle Internetplattform, die über die Teilprojekte und Aktivitäten des Gesamtprojektes Auskunft gibt.
- (2.5) Es gibt zu den Fachtagen eine ausführliche Dokumentation.

- (3.1) Auszubildende setzen sich inhaltlich und künstlerisch mit dem Thema Zivilcourage auseinander und lernen dabei neue Methoden kennen.
- (3.2) Schüler/innen lernen von und mit Auszubildenden (Peerteaching) gemeinsam durch praktische Arbeit Kooperation und Teamarbeit.
- (3.3) Perspektivlose Jugendliche bringen ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Zusammenarbeit mit Asylbewerbern/innen ein, bauen Vorurteile ab und gestalten gemeinsam das Lebensumfeld.
- (3.4) Schüler/innen verbessern ihre praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten durch das Ausprobieren verschiedener Berufsfelder.
- (3.5) Jugendliche beschäftigen sich regelmäßig mit sozialem Engagement in ihrer Kommune und ihrer eigenen persönlichen Perspektive.
- (3.6) Arbeitslose in Arbeitsfördermaßnahmen erleben Methoden zur Stärkung von Demokratie und Toleranz, lernen Beteiligungsmöglichkeiten in ihrem persönlichen Umfeld kennen und entwickeln persönliche Handlungsmöglichkeiten.

[Handlungskonzept]

Mit dem Ziel einer inhaltlichen und ressourcenorientierten Vernetzung von Politik, Verwaltung, Vereinen, Verbänden, Unternehmen, Ausbildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, wird im Landkreis eine integrierte Strategie zur nachhaltigen Implementierung Demokratie fördernder Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. Dieses Ziel wird durch die Installation einer beratenden und Projekte entwickelnden Koordinierungsstelle, eine umfassende öffentliche Sensibilisierung und das gemeinsame praktische Zusammenarbeiten in Projekten durch Kooperationen umgesetzt.

Handlungsfeld „Netzwerkarbeit“

Mit Beginn des Projektes wird beim Projektträger eine Koordinierungsstelle „Arbeit und Jugend“ eingerichtet. Die Koordinierungsstelle ist Bindeglied zwischen arbeitsmarktlichen Maßnahmen und Maßnahmen der Jugendhilfe. Sie bündelt die aktuelle Diskussion in beiden Handlungsbereichen und berät freie Träger, Verbände, Unternehmen oder Verwaltungen zur Implementierung Demokratie fördernder Maßnahmen in deren Aktionsbereich. Dazu bietet die Koordinierungsstelle „Arbeit und Jugend“ konkrete Fortbildungen und vor Ort Beratung an. Die bedarfs- und interessennahe Entwicklung von Projekten und Aktivitäten zur Stärkung von Demokratie und Toleranz ist dabei Leitprinzip des Handelns der Koordinierungsstelle.

Mit Hilfe von konkreten Teilprojekten in den Bereichen Schule, Ausbildung, Freizeit, Arbeitsförderung und Asyl- und Ausländerarbeit wird die Koordinierungsstelle mit den Kooperationspartnern unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten herausarbeiten und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit präsentieren.

Mit Hilfe einer Bestandsaufnahme aller im Landkreis agierenden Institutionen und Initiativen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz soll die Grundlage für ein kreisweit agierendes Netzwerk gelegt werden. Dabei wird auf die vorhandenen Strukturen (Netzwerk für Toleranz und Integration, Arbeitskreis SGB II und Jugendhilfe etc.) zurückgegriffen und diese vor allem um den Bereich der Arbeitsmarktpolitik erweitert.

Dazu werden Arbeitsmarktakteure sensibilisiert, sich in diesem Netzwerk mit ihren Ressourcen und Fähigkeiten einzubringen. Ein regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch soll den Transfer von Inhalten und Methoden verbessern. Innerhalb des Netzwerkes werden Projekte, Maßnahmen und Aktivitäten der jeweiligen Partner vorgestellt und ggf. auf einander abgestimmt, um ein möglichst effektives Vorgehen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz zu sichern.

Als Produkt der koordinierten Netzwerkarbeit sollen, neben den konkreten Aktivitäten und Maßnahmen im Kooperationsverbund, auch Qualitätsstandards zur Umsetzung Demokratie fördernder Maßnahmen in Maßnahmen der Arbeitsförderung sein.

Handlungsfeld „Sensibilisierung der Öffentlichkeit“

Die Koordinierungsstelle erarbeitet ein Konzept zur Umsetzung einer breiten Öffentlichkeitsarbeit.

Darin enthalten, ist die Installation und der Ausbau einer Internetplattform, die über die Aktivitäten und Maßnahmen im Projekt informiert, nützliche Tipps zur Umsetzung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bereit hält, über aktuelle Studien, Wettbewerbe und Förderungen informiert und das Netzwerk präsentiert. Die Internetseite ist die zentrale Kommunikationsplattform für das Projekt. Sie gibt auch den beteiligten Projekt- und Netzwerkpartnern die Möglichkeit, über ihre Maßnahmen, Projekte und Aktivitäten zu informieren.

Darüber hinaus wird die Öffentlichkeit über die im Landkreis bestehenden Medien (Tageszeitung, Lokalfernsehen, Rundfunk, Gemeinde- und Amtsblätter etc.) zu den Aktivitäten und Strategien rechtsextremistischer Organisationen aufgeklärt. Im Weiteren werden mit Hilfe der lokalen Presse die Aktivitäten zur Stärkung des demokratischen Handelns in der Region einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zur Umsetzung wird mit der lokalen Presse eine Medienpartnerschaft vereinbart.

Im Projektzeitraum werden zwei Fachtage durchgeführt, um mit den handelnden Akteuren verschiedener Bereiche in einen Austausch zu treten. Ziel der Fachtage ist einmal die Bestandsaufnahme der lokalen Situation und die Entwicklung geeigneter Handlungsoptionen, die nachhaltig in die Region wirken. Der Schwerpunkt des ersten Fachtages liegt in der Strategie rechtsextremer Organisationen und der sich daraus ergebenden Demokratiegefährdung. Der zweite Fachtag wird die konkrete Verbindung von Arbeit, Perspektive, Motivation und Demokratie fördernden Maßnahmen thematisieren und dabei die lokale Situation berücksichtigen. Zu diesen Fachtagen wird jeweils eine umfassende Dokumentation erstellt.

Handlungsfeld: „Kooperative, Demokratie fördernde Projekte“

„Zivilcourage künstlerisch“ - Auszubildende im CJD Seelow (Ausbildungseinrichtung) setzen sich inhaltlich und künstlerisch mit dem Thema Zivilcourage auseinander und lernen dabei neue Methoden kennen. Dies erfolgt mit Hilfe eines einwöchigen Trainings zur Erarbeitung der individuellen Sichtweise auf das Thema und einem weiteren einwöchigen Training zum Erlernen der praktischen Fertigkeiten mit Hilfe der Methode Graffiti. Anschließend erfolgt die Umsetzung des erarbeiteten Konzeptes in einem Aushandlungsprozess mit der Stadtverwaltung Seelow an im Stadtbild vorhandenen Gebäudeflächen.

„Peerteaching“ - Schüler/innen der Oberschule Seelow lernen von und mit Auszubildenden des CJD Seelow gemeinsam durch praktische Arbeit Kooperation und Teamarbeit. Dies erfolgt mit Hilfe eines Sozialen Trainings der Auszubildenden vor Beginn der Begegnung mit den Schüler/innen. Die Auszubildenden vermitteln den Schüler/innen praktische Fertigkeiten aus ihren Fachbereichen und erarbeiten ein individuelles Handlungskonzept im Umgang mit Konflikten.

„Perspektive und Nachbarschaft“ - Perspektivlose Jugendliche aus der Gemeinde Rehfelde bringen ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Zusammenarbeit mit Asylbewerbern/innen ein, bauen Vorurteile ab und gestalten gemeinsam das Lebensumfeld. Dies erfolgt mit Hilfe einer gemeinsamen Zukunftswerkstatt und den daraus entwickelten Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensumfeldes der Wohnstätte der Asylbewerber/innen (Graffiti-Gestaltung der Fassade, Aufbau des Spielplatzes, gemeinsame Sport- und Freizeitaktivitäten). Dabei steht das gemeinsame, von einander Lernen im Vordergrund. Aus dieser Initiative soll eine Gemeindekonferenz entwickelt und durchgeführt werden, die das Zusammenleben in der Gemeinde thematisiert und neue Partner/innen für die Umsetzung der Zielstellung findet.

„Anders Lernen“ - Schüler/innen der Gesamtschule Müncheberg verbessern ihre praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten durch das Ausprobieren verschiedener Berufsfelder. Dies erfolgt durch ein einwöchiges Soziales Kompetenztraining zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenz und des Demokratieverständnisses von Schülern/innen und Lehrer/innen. Es schließt sich eine betreute Orientierung in unterschiedlichen Berufsfeldern an, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen. Dabei werden die individuellen Bedarfslagen erfasst und berücksichtigt werden.

„Sozial engagiert – sozial kompetent“ - Jugendliche in der Stadt Müncheberg beschäftigen sich regelmäßig mit sozialem Engagement in ihrer Kommune und ihrer eigenen persönlichen und beruflichen Perspektive. Dies erfolgt mit Hilfe einer regelmäßig stattfindenden und offenen Arbeitsgemeinschaft in Müncheberg. Dabei sollen engagierte Jugendliche in ihrer sozialen Kompetenz durch kontinuierliche Betreuung und Anleitung gestärkt werden. Schwerpunktthemen des Engagements sind: Perspektiven junger Menschen in der Region, politisches Interesse und demokratisches Handeln. Durch die Kenntnis über und das Kennen von demokratischen Strukturen werden diese Jugendlichen in ihrem Handeln gegenüber rechtsextremen Strukturen gestärkt.

„Neue Wege – Arbeit und Toleranz“ – Teilnehmer/innen in Arbeitsfördermaßnahmen erhalten neben ihren Tätigkeiten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (ABM, MAE) die Möglichkeit, bestehende Defizite in ihrem persönlichen Wissen und Können abzubauen. Weiterhin soll aus dem Projekt heraus ein Überblick über bestehendes und für sie mögliches ehrenamtliches Engagement gegeben werden. Der Teil der Weiterbildung ist für die Teilnehmer/innen sowohl für die persönlich berufliche, als auch gesellschaftliche Entwicklung nutzbar. Der Zugang zur ehrenamtlichen Arbeit bietet die Möglichkeit, die Zeiten ohne Arbeit sinnvoll zu nutzen und dabei gleichzeitig die Vermittlungschancen durch spezifische Weiterbildung, Übernahme von Verantwortung und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. Neben dem Ergebnis für jeden Teilnehmenden soll die Möglichkeit geprüft werden, ein wieder verwendungsfähiges Material zu erarbeiten, welches Zugang in nachfolgende Maßnahmen finden kann.

Kooperationspartner im Projekt:

- § Kreis- Kinder- und Jugendring Märkisch-Oderland e.V. (Jugendhilfeträger)
- § Christliches Jugenddorf Märkisch-Oderland (Ausbildungsträger)
- § Überbetriebliches Ausbildungszentrum Wriezen
- § Steremat Strausberg (Beschäftigungsgesellschaft)
- § Oberschule Müncheberg
- § Oberschule Seelow
- § Jugendförderungsverein „Chance“ e.V. (Jugendhilfeträger)
- § Gemeinde Rehfelde
- § Sozialpark Strausberg (Träger der Wohnstätte für Asylbewerber/innen und Spätaussiedler/innen)
- § Kompetenzagentur Märkisch-Oderland (SPI Brandenburg)
- § Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen (RAA) Frankfurt/Oder
- § Mobiles Beratungsteam „Tolerantes Brandenburg“ Frankfurt/Oder

Vernetzungspartner im Arbeitskreis:

- § Jobcenter Märkisch-Oderland
- § Jugendamt des Landkreises Märkisch-Oderland
- § Sozialamt des Landkreises Märkisch-Oderland
- § Kommunale Arbeitsförder- und Beschäftigungsgesellschaften im Landkreis Märkisch-Oderland
- § Jugendhilfeträger im Landkreis Märkisch-Oderland
- § Berufliche Fortbildungsträger im Landkreis Märkisch-Oderland
- § Regionale Wirtschaftsverbände
- § Wirtschaftsfördergesellschaft des Landkreises Märkisch-Oderland
- § Wohlfahrtsverbände

Gender Mainstreaming:

Das Projekt berücksichtigt die unterschiedlichen Interessen- und Bedürfnislagen von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern. Die im Rahmen des Projektes umgesetzten Teilprojekte sind darauf ausgerichtet, einen gleichberechtigten Zugang von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern zu sichern. Auf Grundlage einer spezifischen Analyse der Situation der Geschlechter, werden die Teilprojekte zielgruppenorientierte Maßnahmen entwickeln.

Bei der Entwicklung des Projektes wird darauf geachtet, dass aus der jeweiligen Sicht beider Geschlechter gedacht wird. An der Projektentwicklung sind Frauen und Männer gleichermaßen beteiligt. Das Projektentwicklungsteam besteht aus Frauen und Männern.

Zur Sensibilisierung und Qualifizierung der Kooperationspartner führt die Koordinierungsstelle spezielle Fortbildungen zur gleichberechtigten Berücksichtigung der Interessen von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern durch.

Zur Evaluation wird ein spezieller Fragebogen für die Teilprojekte eingesetzt, der es ermöglicht, Rückschlüsse auf die Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern zu ziehen. In den Teilprojekten wird eine direkte Ansprache der jeweiligen Geschlechter erfolgen. Jede Problemlage, Aktion, Veranstaltung oder Maßnahme im Rahmen des Projektes wird unter dem Gesichtspunkt der Wirkung auf das jeweilige Geschlecht betrachtet.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Öffentlichkeitsarbeit. In der öffentlichen Darstellung der Aktivitäten und Maßnahmen des Projektes wird auf eine ausgewogene Darstellung beider Geschlechter geachtet. Die Ansprache wird so gewählt, so dass Mädchen und Jungen, Frauen und Männer sich gleichermaßen und gleichberechtigt angesprochen fühlen.

Sicherung der Nachhaltigkeit und Transfer der Projektergebnisse:

Das Projekt ist ein Signal für die Verbindung zwischen den Inhalten der Arbeitsmarktpolitik und der Jugendhilfe setzten. Die beteiligten Partner in der Region erproben gemeinsam neue Ideen und Methoden in der Zusammenarbeit aus und transportieren ihre Erfahrungen in die Öffentlichkeit. Durch gemeinsame regelmäßige Arbeitstreffen, Fachtage und Auswertungsrunden tauschen sich die Partner aus. Die Ergebnisse werden aktuell in Dokumentationen und im Internet veröffentlicht. Die Öffentlichkeitsarbeit und das gemeinsame praktische Handeln bilden die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung in der Region. Durch das gemeinsame praktische Handeln verfestigen sich Kooperationsstrukturen, die auch nach Beendigung der Förderung des Projektes weitergeführt werden. Darüber hinaus erfolgt eine räumliche Verbreitung des Konzeptes, was zum Nachmachen anregt. Durch eine qualifizierte Evaluation aller Teilprojekte erfolgt ein ständiger Abgleich mit den Zielen. Die Einbindung von Behörden, Politik und Verwaltung sichert den Transfer in diese Richtung und bildet ebenfalls eine Grundlage für eine nachhaltige Fortführung dieser Strategie.

Angestrebte Ergebnisse der Projektevaluation/wissenschaftlichen Begleitung:

Gegenstand der Evaluation:

- § Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppen
- § Rahmenbedingungen der Kooperation / Vernetzung
- § Zielerreichung

Die Evaluation wird formativ, sprich während des Projektes durchgeführt. Dabei erfolgen die Evaluation der Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppe und die Rahmenbedingungen der Kooperation / Vernetzung durch Selbstevaluation mit Hilfe von zielgruppen- und geschlechtsspezifischen Fragebögen und Interviews. Die Evaluation der Zielerreichung wird durch einen externen Gutachter erfolgen, der durch entsprechende Fragebogenauswertung, Dokumentenanalyse und Beobachtung eine neutrale und objektive Beurteilung des Projekterfolges vornehmen kann.

Die Evaluation des Projektes hat zum Ziel, die Wirksamkeit unterschiedlicher Kooperationsmethoden darzustellen und damit den entsprechenden regionalen Behörden / Politik eine Entscheidungshilfe für die Verbesserung von Methoden und Projekten für die Zukunft zu geben. Dabei geht es in erster Linie um die konkrete Anwendbarkeit im lokalen Kontext.

Projektträger:

Kreis- Kinder- und Jugendring Märkisch-Oderland e.V.

Feldstraße 3 | D - 15306 Seelow

Fon: + 49 33 46 | 8 06 09

Fax: + 49 33 46 | 85 39 50

Email: info@leben-in-mol.de

Website: <http://www.leben-in-mol.de>